

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d

Inhalt

Wolfgang Clement, Vorstandssprecher der SPD, fordert dazu auf, das Treffen ehemaliger SS-Angehöriger und neuer Nazis in Bad Hersfeld zu verhindern.

Seite 1

Dr. Fritz Gautier MdEP, Mitglied des Landwirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments, setzt sich mit den europäischen Agrarpreisfestlegungen auseinander: EG sieht tiefer Krise entgegen.

Seite 3

Rudolf Schöffberger MdB verteidigt Bayern gegen die Inanspruchnahme durch die CSU: Bayern hat eine freiheitliche Tradition.

Seite 4

Johannes Rau, stellvertretender SPD-Vorsitzender und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, erinnert an den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wilhelm Mellies, der vor 25 Jahren verstarb.

Seite 7

36. Jahrgang / 94

18. Mai 1983

SS-Treffen verhindern

Bad Hersfeld darf nicht zum Treffpunkt "alter Kämpfer" und neuer Nazis werden

Von Wolfgang Clement
Vorstandssprecher der SPD

In Bad Hersfeld wollen sich an diesem Pfingstwochenende die Traditionsvereine der SS-Divisionen Adolf Hitler und der Hitler-Jugend zu einem "Kameradschaftstreffen" einfinden. Der Regisseur Imo Moszkowicz, ehemaliger Auschwitz-Häftling, der seine Angehörigen in den Vernichtungslagern der Nazis verlor, hat deshalb die Regie der Bad Hersfelder Festspiele niedergelegt, und auch der Schauspieler Günter Mack wird den Festspielen in diesem Jahr den Rücken kehren. Das ist ein weit über die Grenzen der Stadt hinaus beschämender Vorgang, aus dem Bürgermeister und Magistrat doch noch in letzter Minute die Konsequenzen ziehen sollten: Indem sie den "Kameradschaftlern" das Gastrecht entziehen und ihnen die Vermietung der Stadthalle verweigern.

Im Landtag in Wiesbaden haben die Sozialdemokraten bereits gestern deutlich gemacht, wie unverständlich es ist, daß sich die Verantwortlichen von Bad Hersfeld bislang außerstande erklärt haben, sich ebenso wie andere Kommunen zu verhalten, die in Fällen dieser Art das Tagungsrecht in den öffentlichen Einrichtungen untersagen und sich allenfalls beugen, wenn sie von den Verwaltungsgerichten dazu



gezwungen werden. Das wäre zumindest ein politisches Zeichen, das ehemalige SS-Verbände der Bürgerschaft nicht willkommen sind.

Es ist hingegen ein für die in diesen Wochen vielstrapazierte politische Kultur in unserem Lande bedrückendes Zeichen, daß sich auch die Union - wie ebenfalls gestern im hessischen Landtag - dieser Einsicht verweigert: Niemand denkt daran, alle ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS oder gar der HJ in "Kollektivschuld" zu nehmen. Aber die Frage ist genau eine umgekehrte: Muß es sich unsere Bürgerschaft gefallen lassen, im In- und Ausland in den Verdacht eines kollektiven Unverständnisses gegenüber den Verbrechen der Nazis gebracht zu werden, wie er bei unwidersprochener Hinnahme eines derartigen "Kameradschaftstreffens" unweigerlich entstehen wird? Die Antwort ist ein klares Nein!

Die positivistische Argumentation, deren sich der Bürgermeister von Bad Hersfeld befleißigt - der SS-Traditionsverein sei weder als verfassungswidrig eingestuft noch verboten und deshalb sei den "Kameradschaftlern" auch das Tagungsrecht nicht zu verweigern - zieht demgegenüber nicht: Politik und Verwaltungsjustiz sind gerade in Fällen dieser Art verpflichtet, eine Güterabwägung vorzunehmen zwischen dem Anspruch der SS-ler, gemeinsam in öffentlicher Versammlung in der Vergangenheit zu schweigen, und der nicht wegzudiskutierenden, also realen Gefahr, daß eine solche Veranstaltung die Stadt und unser Land in den Ruf bringt, nazistische Aktivitäten sehenden Auges zu dulden.

Im konkreten Fall kommt übrigens hinzu, daß sich der bundesweit bekannte Neonazi Michael Kühnen mitsamt 120 Gefolgsleuten anlässlich des Treffens ebenfalls in Bad Hersfeld angesagt hat. Wenn nichts sonst dafür spräche, das SS-Treffen abzusagen, dann ist es jedenfalls diese drohende Verbindung "alter Kämpfer" und neuer Nazis, die wiederum vor dem Hintergrund eines besorgniserregenden Anwachsens rechtsextremistischer Aktivitäten gesehen werden muß. Die Bad Hersfelder sind deshalb dringend aufgefordert, ihre Hände nicht in Unschuld zu waschen, sondern alles zu tun, damit ihnen und uns dieses beschämende Schauspiel einer neuen "Hitlerei" erspart bleibt.

(-/18.5.1983/hl/rs)

+ + +



Agrarpreisfestsetzung ohne Perspektive

Die EG sieht einer tiefen Krise entgegen

Von Dr. Fritz Gautier MdEP

Mitglied des Landwirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments

Die Landwirtschaftsminister haben mit ihren agrarpolitischen Beschlüssen jede Perspektive für die Reform der Agrarpolitik aufgegeben. Die Preisbeschlüsse, die begleitenden Anpassungen der grünen Währungen und die zusätzlichen Maßnahmen für einzelne Mitgliedsstaaten führen schon dieses Jahr zu Mehrausgaben von einer Milliarde DM, auf das volle Jahr gerechnet von zwei Milliarden DM. Maßnahmen zur Beschränkung der Überschußproduktion wurden praktisch nicht beschlossen.

Es mutet schon wie ein Hohn an, wenn die Agrarminister Produktionsziele für Milch beschließen, die von 0,5 Prozent Wachstum der Produktion ausgehen. Allein in den ersten drei Monaten 1983 ist die Milchproduktion in der Europäischen Gemeinschaft um acht Prozent (Butter 20 Prozent) gestiegen; das heißt, das von den Agrarministern beschlossene Produktionsziel war schon bei Beschlußfassung überschritten.

Es ist mit diesen Agrarbeschlüssen vorhersehbar, daß der EG-Haushalt 1984 nicht zu finanzieren ist. Die Agrarpreisberatungen für 1984/85 werden die EG in eine tiefe Krise stürzen.

Die EG-Kommission wird jetzt bald den Nachtragshaushalt für 1983 vorlegen, der eine Größenordnung von drei bis fünf Milliarden DM haben wird. Da wir Sozialdemokraten die unsinnige Agrarpolitik nicht zu verantworten haben, sehen wir auch keine Veranlassung, einem Nachtragshaushalt zuzustimmen.

Wir warten mit Spannung darauf, ob Herr Stoltenberg den kleinen Leuten noch einmal tief in die Tasche greifen wird, um die Agrarpolitik zu finanzieren. Wir können nur sagen: Haltet den Dieb!
(-/18.5.1983/bgy/rs)

+ + +



Bayern nicht schwarz in schwarz

Die CSU ist bayerisch wie die Kitschpostkarten vom Oktoberfest

Von Dr. Rudi Schöfberger MdB

Vor fünfzig Jahren, am 29. April 1933, war ein denkwürdiger Tag in der 1400-jährigen Stammes- und Staatsgeschichte der Bayern. Hitler und seine braunen Horden vereinheitlichten das Reich, schufen die Länder ab, setzten auch im bayerischen Landtag ein Ermächtigungsgesetz durch. Gegen den mannhaften Widerstand der bayerischen Sozialdemokratie. Und unter tatkräftiger Mitwirkung der Bayerischen Volkspartei (BVP), jener seltsam christlich-nationalistischen-völkischen Vorläuferpartei der heutigen CSU, deren letzter Vorsitzende der nachmalige Bundesfinanzminister Dr. Fritz Schäfer war.

Fraktionsvorsitzender Hans Müller (BVP) am 29. April 1933 im bayerischen Landtag wörtlich:

"... sind wir unsererseits aus unserer ganzen inneren Einstellung heraus bereit, der Staatsregierung in dieser Richtung die volle Unterstützung zu gewähren. (Bravo bei den Nationalsozialisten). Wir haben mit Ihnen ein gemeinsames Kampfziel!"

und

"Daß wir hierbei zur Mitarbeit bereit sind, beweist die Tatsache, daß mit unserem Einverständnis und Vertrauen - auch wenn es sich um eine persönliche Berufung handelt - ein Parteifreund von uns, Graf Quadt, die Betreuung dieses Arbeitsgebiets übernommen hat."

Eugen Graf von Quadt zu Wyckradt und Isny (BVP) war am 25. April 1933 Wirtschaftsminister im ersten bayerischen Nazi-Kabinett geworden.

Am 31. Mai 1945 schrieb Fritz Schäfer in der New York Post Meridian:

"Am liebsten würde ich die BVP wieder begründen."

Es ging leider nicht. Wegen der jämmerlichen Rolle der bayerischen Schwarzen als Totengräber des Braunauer Verbrechers mußte man zumindest das Firmenschild wechseln. Man setzte das Geschäft als CSU fort.

Eingedenk der 50. Wiederkehr dieses Jahrestages widmen wir den heutigen Schwarzen im Freistaat folgende kleine Festschrift:

Seit 25 Jahren regiert die CSU mit absoluter Mehrheit im Freistaat. Nahezu jeder in- und außerhalb der weiß-blauen Grenzpfähle glaubt, Bayern sei seit unvordenklichen Zeit schwarz und Schwarz sei Bayern. Wer will dem schon widersprechen. Sechzig Prozent der bayerischen Wähler können schließlich nicht fortwährend irren.

In der Tat: Strauß und seine ihm auf gänzlich unbayerische Art hörige Gefolgschaft verstehen es meisterhaft, Bayern mit Beschlag zu belegen.

Wer sie sieht und hört, kraftmeierisch und hemsärmelig, fingerhackelnd und dozierend, meint, sie hätten das Jodeln und das Schuhplatteln ebenso erfunden wie die Knödel und den Leberkas, das Bier und die Brezn, das Hofbräuhaus und die Wiesen. Alles gehört ihnen. Mit Gamsbärten und Bierfässern, Brezn und Bayerischem Defiliermarsch fühlen sie sich als die Inkarnation des Bajuwarischen. Allgegenwärtig bedienen sie sich der Landesfarben und sonstiger heraldischer Gefühlswerte, vereinnahmen die Festzelte, die Blaskapellen und die Schützenkompanien. Mia san mia und schreibn uns uns!

Und doch können sie auch nach 25 Jahren den Kenner bayerischer Geschichte und Lebensart zwischen Prost und Tusch und "es lebe Franz-Josef" nicht über ihre eigentliche Strickart hinwegtäuschen.



In Wirklichkeit sind sie seltsam unbayerisch-bayerisch. Etwa ein ebenso getreues Abbild des Bajuwarischen wie die auf dem Oktoberfest erhältlichen Kitschpostkarten. Sie sind das in der Politik, was Maria Helbig für die Volksmusik ist.

Man möchte es nicht glauben:

Bayern hat eine gänzlich andere Geschichte - keine schwarze. Bayern besteht nicht nur aus Bierdunst und Strauß'schen Giftschwaden. Es gibt dortzulande auch noch andere als die schwarze Lodenschickeria der Ansohis und Poldis und die halbseidenen Kofferlangerster im Umfeld des Herrn Ministerpräsidenten, oder die Neureichen von der Sorte eines Haberls.

Bayern und bayerische Lebensart haben im Grunde wenig gemeinsam mit jener seltsamen, wenn auch im Sinne Lion Feuchtwangers sehr "erfolg"reichen Mischung, die die CSU markiert: Eine machtrauschige Elite, anständige Christen, poujadistische Pfeffersäcke, brave Demokraten, karrierebewusste Beamte und bierselig-tolerante Spießer.

In der Geschichte Bayerns ist ein Ministerpräsident, der seinen gewöhnlichen Umgang mit Diktatoren wie Papadopoulos, Patakos, Vorster, Salazar, Videla, Spínola, Pinochet und - wie jüngst - Marcos pflegt, eher eine Ausnahmeerscheinung.

Was hat die CSU mit der freiheitlichen Tradition des geistigen Bayern gemeinsam? Mit dem als "Heimatschriftsteller" verunglimpften bayerischen Homer - ich meine Ludwig Thoma, dem wohl schärfsten Kritiker des schwarzen Miefs? Oder mit Oskar N. Graf? Oder mit Lion Feuchtwanger, mit Frank Wedekind, Lena Christ, Annette Kolb, Leonhard Frank, Marieluise Fleißer, Hermann Kesten, Max Halbe, Erich Kästner, vom Augsburger Bert Brecht ganz zu schweigen? Das sind allenfalls Leute, die unter die von der CSU praktizierte Berufsverbotspraxis fielen.

Die CSU ist nicht Bayern. Wer glaubt, dieses Land sei immer schon schwarz, hinterwäldlerisch, vordemokratisch-reaktionär gewesen, irrt gründlich:

Bayern ist neben Baden das deutsche Land mit der ältesten und stärksten, freiheitlichen, demokratischen, konstitutionellen und parlamentarischen Tradition. Bayern war von 1806 bis 1912 die Hochburg des Liberalismus, nicht des Ultramontanismus, und seit 1893 zudem eine starke Bastion der Arbeiterbewegung.

Bayerns Liberalität war einmal sprichwörtlich: Über dem Portal der Klosterkirche von Polling - ausgerechnet im Bundestagswahlkreis Franz Josef Strauß - steht eine Inschrift aus dem 18. Jahrhundert, leider stark verblichen, mit der weder "Pistoletto" Strauß noch seine Gefolgschaft viel zu schaffen haben: "Liberalitas Bavariae". Das hieße in den Sprachgebrauch von heute übersetzt: "Leben und leben lassen!"

Was hat die CSU gemeinsam mit dem weitgespannten Bogen der Bayerischen Freiheitsgeschichte, der von der Aschheimer Synode (756) über die früh entwickelten Landstände, die den herzoglichen Willen beschränkten bis zum Ansbacher Landtag von 1701, von der liberalen Abgeordnetenversammlung des Jahres 1818 bis zum bayerischen Landtag von 1946 reicht?

Seit 1848 - früher als in anderen deutschen Ländern - gab es in Bayern die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung. Die CSU-Landtagsfraktion hat sie als willfährige Verteidigungsschwadron der CSU-Regierung praktisch abgeschafft.

Wer die CSU richtig einordnen will, lese die erstaunlichen Dokumente der langen Bayerischen Freiheitsgeschichte:

- Die Cerozensualität um das Regensburger Kloster St. Emmeram, die schon im 11. Jahrhundert (!) die Freiheit der Arbeitskraft und des Arbeitsertrages kannte;
- die Schmalbacher Urkunde von 1302 für Oberbayern und die Ottonische Handfeste von 1311 für Niederbayern, die man die "Magna Charta" der deutschen Ständebewegung nennt;
- die Reformatio Sigismundi, die 1476 die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Ablösung aller bäuerlichen Zinsen und Güten, die Freiheit von Wald, Wasser und Weide postulierte;
- das bäuerliche Revolutionsmanifest der Zwölf Artikel der Memminger Christlichen Vereinigung von 1525;



- den Codex Maximilianeum von 1616, der eine unbestechliche Rechtspflege einführt;
- das aufgeklärte Strafgesetzbuch Anselm von Feuerbachs;
- die Verfassung von 1818, das Wahlgesetz von 1848, das von 1906, die Piloty-Verfassung von 1919;
- nicht zuletzt die Hoegnersche Verfassung von 1946 mit ihrem menschenfreundlichen Sozialismus, eine Verfassung, die von den heutigen Schwarzen gleichermaßen alljährlich zum 1. Dezember mit Buchsbäumen und Kantaten gefeiert, wie unterm Jahr mißachtet wird (siehe Artikel 161 Absatz 2 BV).

Wie können die Straußens, die Zimmermänner, die Tandler und Stoibers vor den großen Gestalten der bayerischen Freiheitsgeschichte bestehen:

- Kaiser Ludwig der Bayer, der an der Schwelle zum 14. Jahrhundert "München zu einem bedeutenden europäischen Propagandazentrum des kritischen und fortschrittlichen Geistes machte" (Karl Bosl), mitsamt seinen Hofphilosophen William Occam, Marsilius von Padua, dem christlichen Aristoteles, und Michael von Cesena;
- die bayerischen Barockprälaten und ihre gelehrten Mönche, die als erste christliche Aufklärer im 17. Jahrhundert dem Descartschen Geist aus Frankreich in Bayern den Weg ebneten;
- die Plinganser, Aberle, Daiser, Senser, Khidler, die mit den ober- und niederbayerischen Bauern 1705 gegen die kaiserliche Fremdherrschaft aufstanden; jeder einzelne von ihnen mutiger als alle schwarzen Untertanen Franz Josefs zusammen;
- Johann Adam Ickstatt, Aufklärungsphilosoph, der ab 1731 die "Säkularisierung des Geistes", die "egalitäre Gesellschaft" (CSU: Gleichmacherei) und die "Öffentlichkeit des Lebens" propagierte;
- Bischof Seinsheim, der "Würzburg zum Einfallstor der Aufklärung in Bayern machte" (Karl Bosl);
- Gottfried Eisenmann, dem Vorkämpfer der bayerischen Pressefreiheit - ein schöner Kontrast zu den CSU-Leibeiigenen in manchen Medien;
- der jüngere Ludwig I., den "alle fortschrittlichen Brauseköpfe Europas als den vorzüglichsten Beschützer echt liberaler Ideen in ganz Europa feierten" (Karl Bosl) - man stelle sich eine ähnliche Würdigung von Friedrich Zimmermann vor -;
- der soziale Volkskönig Max II., unter dem der Liberalismus viel früher als anderswo die geistig-kulturelle und politisch-staatliche Führung übernahm, samt seinem "Kabinett der Morgenröthe" unter dem Minister Maurer-Zu Rhein (man stelle sich das Kabinett Strauß als "Regierung der Morgenröte" vor);
- die kämpferischen Altliberalen im frühen 19. Jahrhundert; vor allem der Würzburger Professor, Bürgermeister und Abgeordnete Rohr, wie auch der Bamberger Abgeordnete Hornthal;
- Baron von Rotenhan, liberaler Präsident der Abgeordnetenkammer seit 1848, wie der Franke Müller-Meinigen senior, der ab 1906 die Brücke vom Liberalismus zur Sozialdemokratie in Bayern schlug;
- die seit 1893 im Bayerischen Landtag vertretene Arbeiterbewegung mit so bedeutenden Sozialdemokraten wie Grillenberger, von Vollmar, Auer, Roßhaupter, Hoegner, von Knoerlingen;
- aber auch die Gebrüder Gandorfer, radikale Bauernführer ihres Zeichens, Sozialisten wie Kurt Eisner - oft verkannt und von Strauß geschmähter Neu-Kantianer und Pazifist - Leviné, Landauer, Mühsam und Toller.

Was eigentlich hat die CSU von heute mit dieser großartig - vielfältigen Freiheitstradition in Bayern zu schaffen?

Wäre es nicht eine lohnenswerte, längst überfällige Aufgabe und Pflicht bayerischer Patrioten - mögen sie Sozialdemokraten sein oder nicht - die nachtrauschige, erfolgsgewohnte, selbstbewußte CSU als das darzustellen, was sie ist: eine Partei, die sich bis zum Überdruß bayerisch gibt - aber alles andere als bayerisch ist. Eine Partei, die mit der bayerischen Freiheitsgeschichte, mit bayerischer Kultur, mit bayerischem Geist, mit bayerischem Lebensgefühl und Lebensstil (dem Verzehr von Bier, Radl und Brezn' ausgenommen) herzlich wenig gemeinsam hat.

Erinnerung an Wilhelm Mellies

Zum 25. Todestag des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden

Von Johannes Rau

Stellvertretender SPD-Vorsitzender und Ministerpräsident von NRW

Am 19. Mai 1983 jährt sich zum 25. Mal der Todestag des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wilhelm Mellies. Wir erinnern an einen Mann, der sein ganzes Leben für den demokratischen Sozialismus, also für Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit gekämpft hat.

Der Bauernsohn, der die Ausbildung zum Lehrer bewältigt hatte, trat im Alter von 24 Jahren der SPD bei, die ihn zwei Jahre später in den lippeschen Landtag entsandte; 1929 wurde der Dreißigjährige zum Landtagspräsidenten gewählt. 1933 erging es ihm wie vielen seiner Gesinnung: Er wurde aus dem Amt gejagt. "Schutzhaft", Tätigkeit in einem Lebensmittelgeschäft und Soldat waren die Stationen während der Nazi-Herrschaft.

Nach dem Ende des Krieges stellte er sich sofort dem Aufbau des neuen demokratischen Deutschland zur Verfügung. 1945 wurde er Landrat des Kreises Detmold, 1948 Mitglied im Wirtschaftsrat und Bezirksvorsitzender der SPD in Ostwestfalen, als Nachfolger Carl Severings, des früheren preußischen Innenministers. Dem Deutschen Bundestag gehörte er seit 1949 als Abgeordneter des Kreises Lemgo an; der Fraktionsgeschäftsführer Wilhelm Mellies war ein enger Mitarbeiter und Freund Kurt Schumachers. Das Jahr 1952 bracht für ihn die Stellvertretung Erich Ollenhauers als SPD-Vorsitzenden.

1958 erkrankte Wilhelm Mellies an Krebs. Anfang Mai holte er seine engsten Freunde zusammen und verabschiedete sich so: "Ich weiß, daß ich sterben muß. Ich hätte gern noch eine Weile mit Euch zusammen gelebt und gewirkt. Grüßt alle Freunde und dankt ihnen für die Jahre gemeinsamer Arbeit." Wenige Tage vor dem Stuttgarter Parteitag ist er gestorben.

Wilhelm Mellies war ein im besten Sinn stiller Arbeiter für unsere Partei, ein unerschütterlicher Demokrat, der mit Zähigkeit und wacher Intelligenz für die Ziele unserer Bewegung stritt. Er hat es verdient und uns allen tut es gut, daß wir an seinem 25. Todestag seiner gedenken. (-/18.5.1983/bgy/rs)

+ + +

